

Grüner Rundbrief

Mitgliederzeitschrift für Karlsruhe, Juli/August 2011



Liebe Freundinnen und Freunde,

Ereignisreiche Tage liegen hinter und vor uns. Engagement in Politik und Sport.

Zunächst möchte ich ganz herzlich „unsere Neuen“ im Kreisvorstand begrüßen. Herzlichen Glückwunsch, Renate und Ralph, wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Euch.

Gedankt sei auch für die bisher geleistete Arbeit den beiden aus dem Vorstand ausgeschiedenen Vorgängern, Kathrin Tausch und Alexander Salomon. Menschlich und im Einsatz für die Partei ward Ihr immer Vorbild und Bereicherung. Alles Gute bei den kommenden Aufgaben.

Am 1. Juni fand zum zweitenmal das Game-Forge-Turnier auf dem Gelände des KSV statt. Die Erlöse und Spenden werden für wohltätige Zwecke, z.Bsp. Unterstützung der Kinderkrebsklinik etc. verwendet. Das GRÜNE Team war ein „zusammengewürfelter Haufen“ von Mitgliedern und Freunden des KV KA-Stadt. Bemerkenswert: Wir hatten mit Sina als einziges Team eine Frau im Team, sie war dann auch gleich unsere glänzende, technisch beschlagene Spielmacherin. 3 Tore, ein Unentschieden und 2 Niederlagen bedeuteten das knappe Aus in der Vorrunde, ausnahmslos gegen recht gut eingespielte Gegner. Spaß gemacht hat e alle mal.

Wer von Euch noch Lust auf mehr Sport hat, kann sich am 24-Stundenlauf für Projekte des Kinderbüros der Stadt am 2./3. Juli beteiligen. Auch hier stehen Spaß und soziales Engagement im Vordergrund. Und so nebenbei trägt es zum positiven Image unseres Kreisverbandes bei. [Bzw. Ihr merkt

Euch den Termin für nächstes Jahr schon vor, da bei Erscheinen des Rundbriefs das Rennen gelaufen ist].

Gelaufen ist dann auch die Sonder-LDK in Berlin zum Atomausstieg. Dort dürfte es deutlich spannender und kontroverser zugegangen sein. Im Grunde befinden wir uns ja in einem kleinen Dilemma. Der Ausstieg ist greifbar nahe, aber in welcher Form? Den Ausstieg unterstützen, wie er nun von Schwarz-Gelb auf den Weg gebracht wird/wurde, birgt die Gefahr von Stimmenverlusten im Ur-Grünen-Stammwählerlager, da es nicht schnell genug geht. Andererseits kann die etwaige mangelnde Unterstützung auf Unverständnis stoßen. Egal wie es ausgeht, wichtig ist, das die entsprechenden Argumente klar und klug kommuniziert werden. Schließlich steht ein Stück Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

Ähnliche Herausforderungen kommen auf Landesebene *nicht ganz unerwartet* mit S21 auf uns zu. Schade, dass die wieder verstärkten Proteste in Stuttgart nicht zu 100% gewaltfrei verlaufen sind.

Die Herausforderung für uns wird sein, für dieses Thema und den anstehenden Volksentscheid zu mobilisieren.

Dazu und zu weiteren Themen wollen wir nun verschiedene Projektgruppen gründen. Bitte sendet uns dazu eine Mail und teilt mit, wo Ihr Euch in den nächsten Wochen gerne engagieren möchtet. Wir führen dann die Themen und Interessenten zusammen.

In „Noch ist es nicht zu spät“ [S.182, dt.Ausgabe 1984] schreibt Aurelio Peccei: „ Als Menschen

Inhalt

Protokolle	2
Termine	3-5
Neue Vorstandsmitglieder	5
VeggieTag	6
Atomausstieg: Sonder-BDK	7
Aus der Gemeinderatsfraktion:	
• Anfragen und Anträge	8
• Bericht aus der GR-Sitzung	9
Aus der Landtagsfraktion:	
• Im Amt	11
• S 21	12
• Alexander Salomon	12
• Abgeordneterhelfer	13-14
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Brief an Minister Röttgen	15
• Atomausstieg	16
• KIT	17
• JapanReise	17-18
• Atom Müll	18
• PUA Gorleben	18
• Herkunft Uran	18
• Jugend und Parlament	19
Kontakte	20

haben wir vielerlei Verpflichtungen gegenüber unseren Mitmenschen und anderen Lebewesen, und zwar sowohl gegenüber den JETZT lebenden als auch gegenüber der Nachwelt.“ Laßt es uns in diesem Sinne in den nächsten Tagen und Wochen angehen.

Herzlichst aus dem Vorstand,
Harald

Protokoll der MV am 08.06.11

LEITUNG: Sabine Just-Höpfinger.	per Akklamation. Ralph verabschiedet sich danach wg eines familiären Termins.	wurden die Aspekte für und wider einer Unterstützung durch Grüne diskutiert. Anschließend stellen sich die KandidatInnen für die Sonder-BDK am 25.6. in Berlin zur Wahl.
PROTOKOLL: Harald Löffel. Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: 29, 3 weitere aus anderen KVs, keine Presse.	TOP 5 Zweite Rheinbrücke aus verkehrspolitischer Sicht. Johannes Honné berichtet. Argumente gg Genehmigung: zahlreiche Ausnahmeregelungen werden notwendig, zeigt Mängel im Planfeststellungsverfahren auf; wird aktuell durch die neue Landesregierung überprüft; in den Verkehrsuntersuchungen werden Widersprüche erkennbar, die falsche Grundannahmen enttarnen bezüglich zu erwartender Verkehrsentwicklungen.	Frauenplätze: Sabine Just-Höpfinger und Renate Rastätter, per Akklamation, da keine weiteren Bewerbungen vorliegen. Beide nehmen die Wahl an.
TOP 1 Begrüßung durch Sabine		Offene Plätze: es liegen drei schriftliche Bewerbungen vor von Julien Schröder-Gianoncelli, Sigfrid Knapp und Ralph Gutschmidt. Jörg Rupp ist der weitere Bewerber. Gewählt sind im ersten Wahlgang Julien und Jörg. Per Akklamation sind Sigfrid und Ralph zu Ersatzkandidaten bestimmt.
TOP 2 Verabschiedung Alex Salomon aus dem Vorstand durch Istvan, Verabschiedung Kathrin in Abwesenheit. Beide werden gebührend gewürdigt für die geleistete Arbeit.	In der Diskussion im Anschluss ergeben sich einige Aspekte, wie man weiter strategisch den Argumenten der Befürworter begegnen kann. Besonders Aufklärung dazu, wie einzelne Bevölkerungsteile (stadtteilbezogen, aber auch landesteilbezogen) gegeneinander ausgespielt werden, wie falsche, nicht zu erfüllende Erwartungen geschaffen werden etc.	
TOP 3 Nachwahl Kreisvorstand: Sabine erläutert das Wahlverfahren; zunächst Kreiskassierer, dann der freie Platz in getrennten Wahlgängen.		TOP 7 OB-Wahl 2012. Bettina Lisbach und Sabine Just-Höpfinger berichten zu den bisherigen Überlegungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SPD bzgl einer gemeinsamen KandidatIn. Ziel ist, ein Stimmungsbild bei den Mitgliedern in grundsätzlichen Fragen zu erhalten.
Ralph Gutschmidt (auf Vorschlag Jörg) sowie Julien Schröder-Gianoncelli stellen sich vor.		
Gewählt wurde Ralph Gutschmidt.		
Frauenplatz: Renate Rastätter (auf Vorschlag Sabine), keine weitere Kandidatinnen. Gewählt per Akklamation. Beide nehmen die Wahl an.	Pause	Die Versammlung endet nach zahlreicher Beteiligung um 22:35
TOP 4 Delegiert für den Länderfinanzrat: Ralph Gutschmidt,	TOP 6 Atomausstieg der Bundesregierung und BDK. Es	

mine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Ter

Die EU nennt es Rohstoffinitiative...

...wir nennen es Rohstoffraub!

Donnerstag, 30.06.11 um 19.00 Uhr im Hotel Eden, Bahnhofstr. 15-19

Veranstaltung von Stoffwechsel e.V. mit Anne Jung, medico international, Kirawi Batinan und Aldjouma Ouédraogo, Bürgermeister bzw. Lehrer aus Tjébélé', Burkina Faso. Eine Veranstaltung im Rahmen der Rohstoff-Kampagne von attac und medico international.

Treffen des Ortsverbands Südwest/Beiertheim/Bulach

Freitag, 01.07.11 um 19.30 Uhr im „Schwarzen Adler“, Breite Str. 117, Beiertheim

Schwerpunkt: Diskussion über die Verkehrssituation im Karlsruher Südwesten – außerdem Aussprache über aktuelle Themen und Grüne Positionen aus Bund, Land und Stadt, Planung von Aktionen...

Die GRÜNEN. Eine Erfolgsgeschichte

Freitag, 01.07.11, 20.00 Uhr, ZKM-Medientheater

Im Rahmen der XX. Baden-Württembergischen Theatertage kommt das Projekt von Viola Hasselberg und Jarg Pataki aus dem Spielplan des Theaters Freiburg nach Karlsruhe. Ein Theaterstück als besonderer, natürlich kritischer Festakt zum 30sten Geburtstag – Infos und Karten unter www.theatertage-bw.de

Grüne Zukunftskonferenz

Samstag, 02.07.11 von 10.00 – 18.00 Uhr, Berlin

Mit 14 Workshops von Lebensstilfragen über Politische Gerechtigkeit und Partizipation bis zu UrheberInnenrecht und Informationsfreiheit – der Grüne Zukunftskongress will Ideenlabor sein, Debattenraum und Etappe auf dem Weg zum Wahlprogramm 2013. Unter <http://www.antriebzukunft.de/> könnt ihr euch als InteressentIn eintragen lassen und werdet dann mit Infos und Thesenpapieren versorgt.

24h Lauf für Kinderrechte

**Samstag, 02. – Sonntag, 03.07.11, von 16.00 bis 16.00 Uhr,
Sportplatz der SG Siemens, Hertzstr. 23**

Die GRÜNEN laufen wieder (mit) – wenn ihr dabei sein wollt, als LäuferInnen, bei der Organisation oder beim Rahmenprogramm:

Mail oder Anruf genügt, info@gruene-karlsruhe.de, Tel. 0721/2031232.

mine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Ter

Großes Waldstadtfest

Samstag, 09.07.11 von 10.00 bis 24.00 Uhr

Festmeile zwischen Waldstadtzentrum und Ernst-Reuter-Schule, mit über 40 Ständen –
und mit einem Grünen Infostand!

Juli-Mitgliederversammlung

Am Mittwoch, 13.07.11 um 19.30 Uhr im DGB-Haus, Ettlinger Str.3a

TOP

Schwerpunktthema: Bestandsaufnahme und Perspektiven der Stadtwerke Karlsruhe in
Hinsicht auf die Energiewende

Bei Bedarf kann sich anschließend eine Projektgruppe bilden, die die Grünen
Forderungen an die Stadtwerke im Detail ausarbeitet und sich Gedanken um ihre
Umsetzung macht

Evtl. Finanzantrag neuer PC für das Grüne Büro

Höher, schneller, weiter? Was wir aus Stuttgart 21 lernen können

Donnerstag, 14.07.11 um 18.00 Uhr im NTI-Hörsaal, KIT Campus Süd, Engesserstr. 5

Podiumsdiskussion u.a. mit Winne Hermann, im Rahmen Colloquium Fundamentale SS 2011
„Volle Fahrt voraus? – Die mobile Gesellschaft zwischen Technikeuphorie und Protest“

Neue Verkehrspolitik im Land - Auswirkungen auf Karlsruhe

Freitag, 15.7. 19:30 Uhr, Grünes Büro, Sophienstr. 58, AK Verkehr

Bericht aus der Landesarbeitsgemeinschaft und dem Verkehrsministerium:
von Johannes Honné und Alexander Geiger
Alle Verkehrs-Interessierten sind herzlich willkommen!

Strahlende Forschung im Hardtwald -

Fahrraddemo zum Institut für Transurane ITU/KIT

Sonntag, 17.07.11, Beginn 14.00 Uhr Campus Süd

Die Aktion ist noch in der Planung –

bitte informiert euch auf unserer Homepage www.gruene-karlsruhe.de

mine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Ter

September-Mitgliederversammlung

Mittwoch, 14.09.11 um 19.30 Uhr im „Kleinen Ketterer“, Adlerstr. 34

TOP:

Voraussichtlicher Schwerpunkt Stuttgart 21

Delegiertenwahlen für die Landesdelegiertenkonferenz am 8. und 9.10.11 in Aalen

Vorstellung der „Neuen“



Liebe Mitglieder,

in der letzten Mitgliederversammlung am 8.6.11 wurde ich in den Kreisvorstand gewählt. Ich bedanke mich für das Vertrauen und freue mich darauf, gemeinsam mit dem Vorstandsteam unseren

Kreisverband zu unterstützen und die Verantwortung für politische Arbeit des Kreisverbandes zu übernehmen.

Als langjähriges Mitglied unseres Kreisverbandes seit 31 Jahren bin ich wieder da angekommen, wo ich vor 31 Jahren bei den Grünen angefangen habe, nämlich im Kreisvorstand. Dazwischen war ich von 1984 bis 1994 10 Jahre Mitglied in der grünen Gemeinderatsfraktion und von 1996 bis 2011 Mitglied in der grünen Landtagsfraktion. Während der drei Legislaturperioden im Landtag war ich bildungspolitische und tierschutzpolitische Sprecherin der Fraktion. Im Vorstand möchte ich gerne meine langjährigen grünen Erfahrungen in die Arbeit einbringen sowie Netzwerkarbeit zu den Verbänden und Initiativen leisten,

vor allem im gesamten Bildungs- und Kulturbereich, aber auch zu den ökosozialen Bewegungen. Als zweiten Schwerpunkt möchte ich die bereits erfolgreich begonnene Einbindung der Mitglieder in die politische Arbeit entsprechend ihrer Interessen und Schwerpunkte stärken und die thematischen Schwerpunktsetzungen in Absprache und Kooperation mit unserem MandatsträgerInnen voranbringen. Gerne leiste ich auch organisatorische Arbeit im Hintergrund und verfüge zum Glück über die erforderliche Zeit für dieses Engagement. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch allen

Eure
Renate Rastätter



Liebe Mitglieder,

Die Juni-Mitgliederversammlung hat mich zum neuen Kassierer des Kreisverbands gewählt, dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bedanken.

Ich bin 45 Jahre alt, lebe in der Innenstadt und habe zwei schon erwachsene Kinder. Ich arbeite bei einem großen Finanzkonzern und bin dort u. a. für rechtliche Fragen und Projektarbeit zuständig.

Bei den Grünen bin ich nun schon seit 1 1/2 Jahren, war aber schon lange Zeit vorher verkehrspolitisch tätig. Vor allem im Verkehrsclub Deutschland - VCD sowohl in Freiburg als auch in Karlsruhe.

Als Pendler nach Stuttgart weiß ich, was "erzwungene Mobilität" bedeutet. Wir haben kein Auto, dennoch gehörte meine Tochter zu den ersten, die in Baden-Württemberg den Führerschein ab 17 gemacht haben. Wie wir anderen auch, nutzt sie das

(CarSharing-)Auto nur dort, wo es wirklich einen wesentlichen Vorteil bringt und das ist ganz schön selten.

Schade nur, dass meine Kinder nicht mehr in den Genuss der anstehenden Änderungen im Schulsystem kommen werden.

Es wird eine spannende Zeit, jetzt, mit Atomausstieg und einer grün geführten Landesregierung. Ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit mit den anderen Aktiven inner- und außerhalb des Vorstands und darauf, einen wichtigen Beitrag für die Vorstandsarbeit zu leisten.

Euer
Ralph Gutschmidt

Donnerstag ist Veggietag

Ein Wochentag voller Genuss für Menschen, Tiere, Klima und die eigene Gesundheit



2009 hat die belgische Stadt Gent den Veggietag, einen freiwilligen fleischlosen Wochentag, eingeführt. 2010 wurde diese Kampagne durch den Vegetarierbund Deutschland (VEBU) nach Deutschland getragen und fand dort in Bremen seine Anfänge. Auch global findet der vegetarische Tag großen Zuspruch in Kapstadt, Washington, Sao Paulo, San Francisco und vielen weiteren Städten. Mittlerweile gibt es in Deutschland zehn Städte/Regionen, die den Veggietag offiziell eingeführt haben: Bremen, Magdeburg, Schweinfurt, Wiesbaden, Deggendorf, Landkreis Rotenburg, Klimainsel Juist, Bad Hersfeld, Freiburg und Hannover.

Damit sich auch Karlsruhe demnächst auf dieser Liste einreihen kann, hatte die GRÜNE Gemeinderatsfraktion im April 2010 beantragt, wöchentlich einen [Veggietag in Karlsruhe](#) durchzuführen: Am „Veggietag“ sollen in städtischen Kantinen, in den Kantinen der städtischen Gesellschaften, an Schulen und Kitas ausschließlich vegetarische Gerichte angeboten werden.

Bei der Diskussion dieses Vorschlags in der Gemeinderatssitzung am 18. Mai 2010 wurde ein skurriles Lehrstück zum Thema „Verständnis von Freiheit und Bevormundung“ dargeboten: Es steht offensichtlich unmittelbar die Freiheit des christlich-liberal-sozialdemokratischen Menschen auf dem Spiel, wenn er nicht täglich und überall Zugang zu seiner

Fleischportion hat. KeinE einziger RednerIn, außer uns Grünen als antragstellenden Fraktion, äußerte einen Hauch von Bewusstsein darüber, dass die massenhafte Erzeugung von Nahrung aus tierischen Quellen nicht nur unendliches Leid in der Massentierhaltung, sondern auch einen enormen Ressourcen- und Energieverbrauch bedeutet und gleichzeitig in großem Umfang zur Emission klimaschädlicher Gase führt.

Auf der Plattform von KA-News (<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Veggie-Tag-erregt-die-Gemueter-im-Gemeinderat:art6066.405400>) wurde damals über dieses Thema mit knapp 130 Beiträgen lebhaft weiter diskutiert – hier war die Ablehnung übrigens bei weitem nicht so einhellig.

Um das Thema weiter zu betreiben, hat sich Ende 2010 die Initiative „Donnerstag ist Veggietag in Karlsruhe“ gegründet – unterstützt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Greenpeace Karlsruhe, Grüne Hochschulgruppe Karlsruhe e.V. (GHG), Grüne Jugend Karlsruhe, Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (kek), Umweltzentrum BUZO Karlsruhe, Vegetarierbund Deutschland e.V. (VEBU) - Regionalgruppe Karlsruhe und vielen weiteren. *„Vegetarische Ernährung hat zahlreiche positive Effekte, die mir als Umwelt- und Gesundheitsbürgermeister wichtig sind: So ist z. B. eine fleischlose*

Ernährung mit viel – möglichst regional und ökologisch angebauten – frischem Obst und Gemüse gesünder. Auch der Klimaschutz profitiert durch die im Vergleich zur Viehzucht deutlich geringeren CO₂-Emissionen“, so Schirmherr Bürgermeister Klaus Stapf.

Der Umwelt- und Arbeitsschutz hat die Wanderausstellung „Lebensmittel: Regional = gute Wahl auch fürs Klima!“, die neulich unter anderem in der Elisabeth-Selbert-Schule zu sehen war, durch unser Engagement nach Karlsruhe geholt. Bei einigen öffentlichen Veranstaltungen waren wir dabei, um Unterschriften für die Kampagne zu sammeln und darüber zu informieren. Im Moment sind wir auf der Suche nach teilnehmenden Restaurants, Kantinen und Mensen, die donnerstags ausschließlich oder überwiegend oder über ein spezielles Angebot vegetarische Speisen anbieten und bewerben. Geplant sind öffentliche Kochaktionen auf den Karlsruher Märkten, Kochfortbildungen und viele weitere Aktionen, die die Vorteile der vegetarischen Küche aufzeigen.

Würden alle KarlsruherInnen nur einen Tag in der Woche tierische Produkte meiden, könnten jährlich 24.300 Tonnen CO₂, 7.500 Tonnen Getreide, 500.000 Tiere und 30 Mrd. Liter Wasser eingespart werden. Jede/r Einzelne kann somit durch die Reduzierung ihres/seines Fleischkonsums das Klima, die Umwelt und die eigene Gesundheit positiv beeinflussen. Für alle, die

nicht ganz fleischfrei leben möchten, ist der vegetarische Donnerstag ein idealer Anfang! Machen Sie mit!

Weitere Informationen:

Veggietag in Deutschland:
www.donnerstag-veggietag.de

Veggietag in Karlsruhe:
www.veggietag-karlsruhe.de

Silke Bott, Sprecherin der Initiative „Donnerstag ist Veggietag in Karlsruhe“

Kontakt:

Silke Bott
Wilhelmstr. 46
76137 Karlsruhe

Tel. 0721 - 4997142
silke.bott@vebu.de

www.veggietag-karlsruhe.de

Atomausstieg: Sonder-BDK am 25.6.11 in Berlin

Leidenschaftliche Debatte: Antrag des BuVo mit vielen Änderungen angenommen

Beim Sonderparteitag am 25.6 in Berlin hatte der Bundesvorstand, unterstützt von der Mehrheit der Bundestagsfraktion, einen Leitantrag eingebracht, in dem Merkels Ausstiegsgesetz zwar massiv kritisiert wurde, der aber trotzdem die Zustimmung zum AtG enthielt. Weit über 100 Änderungsanträge wurden zum BuVo-Antrag eingebracht, dazu noch 3 Globalalternativen, die eine Ablehnung beinhalteten.

Die Debatte wurde mit viel Herzblut und klarem Verstand und sowie großem Respekt für die unterschiedlichen Positionen geführt. Niemand musste sich rechtfertigen. Allen Delegierten war klar, dass es keinen unüberwindbaren Keil zwischen uns gibt, denn wir sind die originäre Antiatompartei von Anfang an. Claudia Roth brachte es in ihrer Eröffnungsrede zum Ausdruck: „Uns eint das gleiche Ziel: Atomkraft raus, rein in den Klimaschutz“. Allen war auch klar, dass es ohne uns Grüne nicht zu einem Allparteienkonsens zum endgültigen Atomausstieg gekommen wäre. Das Ringen um die Entscheidung, Zustimmung oder Ablehnung zu Merkels AtG, mit dem der Atomausstieg auf das Jahr 2022 festgelegt wird, wurde deshalb hart, aber fair geführt.

Beide Seiten hatten gute Argumente für ihre Positionen.

Argumente pro und kontra:

Claudia Roth sprach von „ja, aber“ und betonte: „Wir haben Schwarz-Gelb zur Wahrheit gezwungen. Eine Zustimmung zum AtG ist doch kein Blankoscheck“

Die Öffentlichkeit weiß doch, einen verlässlichen Ausstieg gibt es nur mit uns.“

Rebecca Harms argumentierte, dass die Anti-Atombewegung in ganz Europa erwartet, dass die Grünen zustimmen und damit ein Allparteiensignal von Deutschland ausgeht.

Dagegen rief Hans-Christian Ströbele: „Merkels Gesetz ist gut, aber ist es gut genug nach Fukushima? Wir haben gesagt, es ist möglich, 2017 auszusteigen, wie glaubwürdig sind wir, wenn wir jetzt dem Ausstieg im Jahr 2022 zustimmen?“

Sylvia Kotting-Uhl kritisierte, dass nur die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten in die Verhandlungen über das

Ausstiegsgesetz einbezogen waren, nicht aber die Oppositionsparteien und die Umweltverbände. Sie verlangte mit einem Änderungsantrag ein Mandat zum Nachverhandlungen: „Nur wenn substantielle Verbesserungen erzielt werden, dürfen die Grünen zustimmen.“

Wir vier Karlsruher Delegierten Sabine Just-Höpfinger, Julien Schröder, Jörg Rupp und ich haben uns in der ersten Abstimmung für die Globalalternative entschieden. Die Mehrheit der Delegierten stimmte aber für den BuVo-Leitantrag. Dieser wurde durch die Aufnahme vieler Änderungsanträge deutlich verbessert. So wurde u. a. ein Änderungsantrag der grünen Landespartei Rheinland-Pfalz angenommen, der viele Forderungen wie Verankerung des Ausstiegs im Grundgesetz, schnellerer Atomausstieg, sowie ein Verbot, Atomstrom durch Kohlekraftwerke zu substituieren, enthält. Damit ist klar: Wir werden weiter kämpfen.

Renate Rastätter



Atomausstieg in die Hand nehmen

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

Auf unserer Fraktions-Website finden sich Übersichten aller Anträge, die von den GRÜNEN an den Gemeinderat gestellt wurden mit der Information, wie sie verabschiedet wurden:
<http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/GrueneFraktion/archiv/archiv.htm>

Neue Anträge und Anfragen für den Gemeinderat

In den letzten Wochen haben wir folgende Anträge zu sehr unterschiedlichen Fragestellungen gestellt:

Bildungspolitik:

Wir wollen mit einem Antrag bewirken, dass Vorbereitungen getroffen werden, um möglichst bald in Karlsruhe die [Weiterentwicklung von Schulen zu Ganztages- und Gemeinschaftsschulen](#) zu ermöglichen, nachdem die neue Landesregierung diese Prozesse ausdrücklich unterstützen will.

Dazu sollen die Karlsruher Schulen daraufhin untersucht werden, welche sich räumlich und organisatorisch für eine Umwandlung in Ganztages- oder Gemeinschaftsschulen eignen. Insbesondere ist wichtig, wo dies vom Kollegium sowie der Elternschaft gewünscht wird.

Umweltpolitik:

Wir schlagen vor, abzuklären, ob [die städtischen Wertstoffsammlungen um Elektronikmüll erweitert](#) werden können. Denn in Karlsruhe landen – ebenso wie anderswo – viele recyclebare Abfälle in der Restmülltonne und anschließend in der Müllverbrennung. Zwar ist bereits heute die Abgabe von Elektrokleingeräten, Mobiltelefonen und Datenspeichermedien an den Wertstoffstationen möglich. Dies wird aber zu wenig genutzt, so dass diese Abfallarten völlig unzureichend erfasst werden. Die defekten Geräte enthalten oft wertvolle Rohstoffe, die nicht nur teuer, sondern oft auch knapp und schwer zu beschaffen sind. Ein Recycling würde also

sowohl ökonomisch als auch ökologisch Sinn machen.

Stadtplanung:

Nachdem auf unseren Antrag hin ein stadtweites [Baulandkataster](#) erarbeitet wird, in dem freie bebaubare Flächen nachgewiesen werden, ist nun offenkundig, dass im Innenbereich über 900 Flächen zur sofortigen Bebauung zur Verfügung stehen. Um diese Flächen möglichst einfach für Bauinteressierte zu erschließen, beantragen wir die Einrichtung einer [Baulandbörse](#). In diese können sich verkaufswillige GrundstückseigentümerInnen aufnehmen lassen. Durch eine zeitnahe Veröffentlichung im Internet erhalten BauinteressentInnen die Möglichkeit, sich auf einfache Weise über sofort verkäufliche, baureife Grundstücke sowie deren Lage, Größe, Preise und baurechtliche Festlegungen zu informieren und sich bei Interesse an die Stadtverwaltung zu wenden. Die Stadtverwaltung vermittelt dann den Kontakt zwischen Bauwilligen und GrundstückseigentümerInnen. Mit diesem Serviceangebot ist sowohl GrundstückseigentümerInnen gedient, die bereit sind, schnell zu verkaufen, als auch Bauwilligen, für die eine zeitaufwändige Suche verkürzt wird. Bauwillige können in der Stadt gehalten und das Ausweichen ins Umland vermieden werden.

Frauenpolitik:

Derzeit sind in den Führungsetagen der Stadt Karlsruhe Frauen rein zahlenmäßig erheblich unterrepräsentiert: Bei 27 Amtsleitungen werden lediglich sechs Ämter von Frauen geführt. Das sind gerade einmal 20%! Wir schlagen daher vor, für alle Führungspositionen und auch für deren Stellvertretungen, die in der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren besetzt werden, eine [„kommunale Quote“](#) von zunächst 40, mittelfristig 50% einzuführen.

Hierfür soll im gesamten Ausschreibungs- und

Bewerbungsverfahren explizit darauf hin gewirkt werden, dass gleich viele gut qualifizierte weibliche Bewerberinnen wie Männer einbezogen sind.

„Frauen haben nachweislich genauso gute Abschlüsse, die gleiche Leistungsbereitschaft und den notwendigen Ehrgeiz, wie ihre männlichen Kollegen!“ betonen Anne Segor und Manfred Schubnell. Dennoch kommen Frauen, wie das Beispiel der Karlsruher Stadtverwaltung zeigt, oft nicht zum Zuge.

Eine kommunale Quote wird daher von uns als sinnvolles Instrument zur Förderung und Ermutigung qualifizierter Frauen gesehen, denn die Stadt als Arbeitgeberin muss dann Frauen in der Verwaltung noch aktiver fördern und stärker als bisher die Personalsuche auch außerhalb der Stadt intensivieren.

Langfristig gesehen wird sich nach unserer Ansicht die Quote selbst abschaffen: Nämlich dann, wenn Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Berufsfeldern erreicht ist.

Sozialpolitik:

Wir fordern die Verwaltung auf, die Mittel, die die Bundesregierung im Rahmen des [Bildungspaketes](#) in diesem Frühjahr zur Verfügung gestellt hat, den Bezugsberechtigten in ähnlich einfacher Form zugänglich zu machen, wie dies bisher beim Karlsruher Pass erfolgreich gehandhabt wird.

„Die Verwirrung um den richtigen Antragsort und die richtige Antragsart verunsichert die Menschen in hohem Maße. Es kann nicht Sinn einer Leistung sein, dass sie vor lauter Bürokratie nicht abgerufen wird!“, so unsere bildungspolitische Sprecherin Uta van Hoffs. „Zumal hier in Karlsruhe bereits hervorragende Strukturen vorhanden sind, die im Zuge der kommunalen Leistungen über Karlsruher Pass und Kinderpass aufgebaut wurden. Hier haben alle

verantwortlichen Stellen eine beispielhafte Kooperation gezeigt, die sich an den Bedürfnissen der NutzerInnen orientiert.“

Daher sollen alle Berechtigten von der Verwaltung angeschrieben und über die notwendigen Formalitäten informiert werden.

Außerdem möchten wir wissen, in wiefern sich die Leistungen aus dem Bildungspaket mit den Angeboten des bisherigen Karlsruher Passes überschneiden und welche finanziellen Auswirkungen dies haben wird.

Ein etwa entstehender Überschuss aus der Schnittmenge von bisher kommunalem Angebot und Bundesbildungspaket soll aus unserer Sicht für die weitere Armutsbekämpfung verwendet werden; z.B. zur Ausweitung der Angebote im Karlsruher Pass und Kinderpass, und nicht in die allgemeine Haushaltskonsolidierung fließen – wie dies in der öffentlichen Diskussion auch schon angesprochen wurde.

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderates am 24. Mai 2011:

Einen großen Raum in der Diskussion nahm die Stellungnahme der Stadt zum Planfeststellungsverfahren für den **Bau einer 2. Rheinbrücke** ein. Zusammen mit den Fraktionen von SPD und KAL und den Gruppierungen der Linken, Freien Wählern und GfK hatten wir einen [interfraktionellen Änderungsantrag](#) zu der von der Stadtverwaltung vorgelegten [Stellungnahme](#) eingereicht.

Darin wird minutiös auf die einzelnen Aspekte der Planung eingegangen; daher hier nur eine kurze Auflistung der wichtigsten Punkte:

- Wir halten es für notwendig, dass die Planungen auf pfälzer

und badischer Seite in einem gemeinsamen Verfahren zusammengefasst werden. Es kann nicht angehen, dass auf rheinland-pfälzischer Seite drauflos geplant wird und Karlsruhe dann den Verkehr in der Strommitte an einer Stelle, die von uns überhaupt nicht beeinflussbar war, „übernehmen“ muss.

- Wir halten eine Rheinbrücke an einem anderen Standort als dem bisherigen auf der Basis der uns vorliegenden Verkehrsschätzungen (und unserer Verkehrspolitik, die Autoverkehr nicht zusätzlich befördern will) nicht für nötig.

- Daher sprechen wir uns auch gegen die von der Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme verlangte Anbindung einer solchen Brücke und ihrer Zufahrtstrasse an die B 36 aus.

- Die in der vom Regierungspräsidium vorgelegten Planung vorgesehene Verkehrsführung, die den Verkehr von beiden Brücken beim derzeitigen Ölkreuz auf die Südtangente leitet, ist für uns ebenfalls nicht plausibel.

- Die geplante Rheinbrückenzufahrt durchquert mit der Rheinaue einen sehr wertvollen und empfindlichen Naturraum. Die Folgen des Trassenbaus auf Tiere und Pflanzen und die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen sind zu ungenau betrachtet worden.

- Völlig unzeitgemäß ist es, dass die derzeit bestehende beidseitige Fahrradverbindung über den Rhein zukünftig nur noch auf der südlichen Seite der jetzigen Brücke geführt werden soll – und die neue Brücke und ihre Zufahrten bisher sogar gänzlich ohne Radweg geplant worden sind.

- Schlussendlich verweisen wir darauf, dass der Gemeinderat in seiner April-Sitzung eine deutlich erweiterte BürgerInnenbeteiligung im Sinne einer Fach- und Sachschlichtung nach dem Vorbild von Stuttgart 21 vom RP verlangt hat. Ein solches Verfahren würde ad absurdum geführt, wenn wesentliche planerische Entscheidungen vor dessen Durchführung getroffen würden.

Die Diskussion im Plenum verlief – angesichts dessen, dass die Positionen zu diesem Projekt seit Jahren bekannt sind – zwar ausführlich, aber wenig polemisch. Am Ende stand das vorhersehbare Ergebnis: Alle (mit einer Enthaltung) gegen CDU und FDP, d.h. die Stellungnahme der Stadt muss um die Aspekte aus dem Änderungsantrag ergänzt werden.

Hier erwies sich dann doch einmal die Verfahrenheit der Diskussion: Entgegen einer Zusage, die im vorberatenden Ausschuss gemacht wurde, wird die Stellungnahme der Stadt nicht – wie im Änderungsantrag bereits im Einzelnen wörtlich vorformuliert – redaktionell bearbeitet. OB Fenrich kündigte vielmehr an, man werde die städtische Stellungnahme und den Änderungsantrag gleichzeitig einreichen – und ließ sich lediglich den Zusatz abringen, dass bei inhaltlichen Widersprüchen zwischen beiden Papieren (die an einigen zentralen Stellen bestehen!) der Änderungsantrag gelte.

In einer Anfrage hatten wir uns im April nach dem [aktuellen Zustand der bestehenden Rheinbrücke](#) erkundigt:

In der Antwort erfuhren wir, dass die letzte Bauhauptwerksprüfung aus dem vorigen Jahr mit Noten zwischen 2,7 und 2,9 insgesamt einen ausreichenden Bauwerkszustand nachgewiesen hat. Die in der Diskussion immer mal wieder genannte „Restlebensdauer“ der Brücke von derzeit nur noch einem bis sechs Jahren wurde im Jahr 1997 mit 15 bis 20 Jahren

geschätzt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Brücke in Kürze zusammenbricht, sondern dass speziell Schweißnahttrisse zunehmen werden. Diese können jedoch durch Sanierungsarbeiten für eine weitere Nutzung ertüchtigt werden.

Die Brücke wird also nicht zwangsläufig in wenigen Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen, sondern erfordert – wie jedes Bauwerk – regelmäßige Wartungs- und Sanierungsmaßnahmen.

Unserem [Antrag](#), mehrere Maßnahmen der **Lärmaktionsplanung** beschleunigt umzusetzen, indem Projekte der so genannten Kategorie B (das sind kostenintensive Maßnahme mit hohem Nutzen) zwischen 2011 und 2013 detailliert und kostenkontrolliert in den Fachausschüssen vorgestellt werden, wurde von der Verwaltung im Großen und Ganzen entsprochen. Ziel des Antrages ist es, für diese Lärminderungsmaßnahmen die so genannte „Haushaltsreife“ (d.h. die Kosten sind bekannt und planbar) zu erreichen. Nur so haben wir und die lärmgeplagten AnwohnerInnen in einem Nachtragshaushalt eine Chance auf eine Mehrheit im Gemeinderat für weitere Investitionen in den Lärmschutz. So können die AnwohnerInnen der Südtangente in Höhe der Staudingerstraße, der L 605 bei Bulach und beim Kühlen Krug/Bannwaldallee berechnete Hoffnungen haben, dass in ihrem Wohnumfeld Lärmschutzwände errichtet werden.

Auch mit dem [Antrag](#), die Karlsruher Bevölkerung über die geplanten **Baumaßnahmen des**

Institutes für Transurane (ITU) und dessen Aktivitäten zu informieren, hatten wir Erfolg: Bei der nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Gesundheit Anfang Juli wird dieses Vorhaben vorgestellt; außerdem soll eine öffentliche Veranstaltung folgen. Dann wird es sicherlich Gelegenheit geben, kritische Fragen zu diesem EU-Institut auf dem Gelände des Campus Nord (früher Forschungszentrum) im Hardtwald zu stellen. Denn neben der Tätigkeit als „Atom-Detektive“ und in der nuklearmedizinischen Forschung werden hier auch Technologien erforscht, die eine vierte Generation von Atomanlagen ermöglichen sollen. Nach dem nun sicher unumkehrbaren Atomausstieg werden diese zwar nicht in Deutschland gebaut werden – aber wollen wir diese Technologie wirklich vor unserer Haustür vorantreiben?

Auf unsere Anfrage zur Einführung der **bundeseinheitlichen Behördennummer 115** und deren „Serviceversprechen“ erfuhren wir, dass diese in Karlsruhe bereits auf einem guten Weg ist und bereits in diesem Jahr möglich ist. Wir sind gespannt!

Auf unsere Anfrage zu den Erfahrungen mit dem **Mängelbogen des Tiefbauamtes** erhielten wir die Information, dass die Zahl der abgegebenen Bögen seit der Einführung im Jahr 1995 (weniger als 100 Stück) über 200 bis 250 Bögen in den Jahren bis 2008 in den letzten beiden Jahren auf 608 in 2010 gestiegen ist. Über 90 % der gemeldeten Mängel konnten beseitigt werden. Meistens werden bauliche Mängel gemeldet, aber auch Ampel-Wartezeiten und zugesparkte Geh- und Radwege. Die Stadtverwaltung entnimmt diesen

Rückmeldungen, die zu ca. 80 % von RadlerInnen kommen, auch weitere Informationen wie etwa den Bedarf an Fahrradständern, Radwegeverbreiterungen oder – verbesserungen.

Mittlerweile geht man davon aus, durch die eingehenden Meldungen über alle relevanten Sachverhalte informiert zu sein. Würden die Mängelbögen mehr beworben, sei eher mit Doppelmeldungen (und damit verbundenem erhöhten Verwaltungsaufwand) als mit neuen Erkenntnissen zu rechnen.

So bleibt wohl alles wie es ist.

Für alle Fälle: Der Mängelbogen ist online unter [www.karlsruhe.de / Leben und Arbeiten / Stadtplanung und Bauen / Tiefbau / Straßenwesen/ Mängelbogen](http://www.karlsruhe.de/Leben_und_Arbeiten/Stadtplanung_und_Bauen/Tiefbau/Straßenwesen/Mängelbogen) oder direkt unter <http://www.karlsruhe.de/b3/bauen/tiefbau/strassenverkehr/maengelbogen> zu finden.

Die im Text erwähnten – und im pdf des Rundbriefes verlinkten – Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen – sind ebenso sowie unsere im Text nicht explizit erwähnten Initiativen (plus Stellungnahmen der Stadtverwaltung, sobald sie vorliegen) im Wortlaut unter <http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion> zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefragt werden.

Öffentliche Gemeinderatsvorlagen sind online unter [www.karlsruhe.de / Gemeinderat / Ratsdokumente / Gemeinderat](http://www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Ratsdokumente) zu finden.

AUS DER LANDTAGSFRAKTION

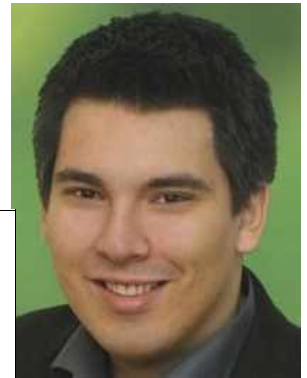


Dr. Gisela Splett

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 9 68 71 86
 Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de
 Mitarbeiter: Alexander Geiger, 0711/2063-623, Mo-Mi 9-16 h

Alexander Salomon

Gondelsheimer Str. 1, 76139 KA, Tel. 0172/9477016
 Alexander.Salomon@gruene.landtag-bw.de
 Mitarbeiterin: Bea Bürker, 0711/2063-623, Mo-Do 8-16 h



Aus der Landtagsfraktion

Grün-Rot im Amt – und was kommt jetzt?



Seit dem 12.05.11 haben wir offiziell die erste von den Grünen geführte Landesregierung. Damit beginnt die Arbeit aber erst richtig. In seiner ersten Regierungserklärung am 25.05.11 skizzierte Winfried Kretschmann die Wege, die die neue Landesregierung beschreiten möchte. "Leitmotiv unseres Handelns ist Nachhaltigkeit in allen Bereichen. Wichtige Ziele sind Bildungs- und Aufstiegschancen für alle sowie ein ausgeglichener Haushalt", erklärte Kretschmann. Gemeinsam mit der SPD wolle man Baden-Württemberg zum bundesweiten Musterland für ökologisches Wirtschaften machen. Die Wirtschaft im Land müsse sich weiterentwickeln. Baden-Württemberg soll bei der Entwicklung alternativer Autoantriebe und der Technik für erneuerbare Energien vorangehen. Auch in der Energieversorgung stehen große Anstrengungen, die sich aber lohnen auf der Agenda: Weg von fossilen Energien und Atom, hin zu sauberem Strom aus den unerschöpflichen Quellen Wind, Wasser, Sonne und Biomasse. In der

Bildungspolitik kritisierte Kretschmann die vorherigen Regierungen heftig: „Es ist ein Armutszeugnis der Vorgängerregierungen, dass in Baden-Württemberg noch immer die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg entscheidet.“ Er kündigte an, die neue Landesregierung werde viel Geld in die Hand nehmen, damit jedes Kind in Baden-Württemberg – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel der Eltern – seine Fähigkeiten und Potenziale voll entfalten kann. Alle politischen Themen überspannend wurde zudem ein weiteres zentrales Anliegen der Landesregierung deutlich. Die Menschen des Landes sollen bei der neuen Koalition ein offenes Ohr finden. „Die Zeit des Durchregierens von oben ist zu Ende“, sagte Kretschmann. "Für mich ist die Einmischung der Bürger keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung." Er versprach eine "Politik des Gehörtwerdens" und mehr Bürgerbeteiligung.

Die Regierungserklärung im Wortlaut: www.stm.baden-wuerttemberg.de/fm7/2028/110525_Regierungserklaerung_Kretschmann_Protokollfassung.635947.pdf

Alexander Geiger



Wie weiter mit S21 – Bahn und Landesregierung können sich nicht einigen.

Stuttgart 21 bleibt ein Dauerbrenner. Nach dem Wahlsieg von Grün-Rot konnte man, durch den von der Bahn verhängten Baustopp, noch der Hoffnung erliegen, dass Bahnchef Grube und der Technikvorstand Kefer erkannt haben, dass ein "weiter so" nicht möglich ist. Inzwischen ist von diesem "Burgfrieden" nichts mehr zu spüren. Noch mit einer ordentlichen Portion Zuversicht traf man sich zur ersten Lenkungskreissitzung am 30.05.11. Im Vorfeld hatten Hermann und Kretschmann klargestellt, dass sie für den Stresstest maximale Transparenz einfordern. „Ich lege Wert auf eine ehrliche Durchführung des Stresstests für Stuttgart 21 durch die Deutsche Bahn. Gemäß dem Schlichterspruch von Heiner Geißler muss die Deutsche Bahn im Stresstest nachweisen, dass der neue Tiefbahnhof einen Fahrplan mit 30 Prozent Leistungszuwachs gegenüber heute mit guter Betriebsqualität bewältigen kann“,

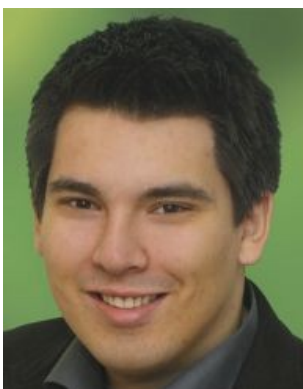
unterstrich der Verkehrsminister. Wider Erwarten drückte die Bahn nun aufs Tempo. Eine Verlängerung des Bau- und Vergabestopps wolle sie nicht mittragen. Es lässt sich darüber streiten, was die Bahn mit diesem harten Vorgehen bezweckte. Sollte das Ziel gewesen sein, die Regierungspartner zu entzweien, könnte die Bahn einen Pyrrhussieg errungen haben. Denn nicht nur der grüne Verkehrsminister, sondern auch der rote Finanzstaatssekretär Ingo Rust war von der Qualität der Zahlengrundlage nicht überzeugt. Die Bahn wollte einer Verlängerung des Baustopps nur zustimmen, wenn das Land die Kosten dafür trage. Ob die Bahn tatsächlich wie angekündigt zügig die Bauarbeiten wieder hochfahren kann, bleibt allerdings eine spannende Frage. Nach einem vom Umweltministerium in Auftrag gegebenen Gutachten kann das bei Stuttgart 21 geplante

Grundwassermanagement nicht vollzogen werden. Die Gutachter kommen zum Ergebnis, dass ein neues Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden muss, nach dem die Deutsche Bahn beantragt hatte, während der siebenjährigen Bauzeit die Grundwasserentnahme auf 6,8 Millionen (ursprünglich 3 Millionen) Kubikmeter zu erhöhen. Es bleibt also spannend. Grüße Alexander Geiger

PM Lenkungskreis: www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=253633&referer=88736&newslink=253650

PM Grundwasser: <http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=253615&referer=88736&newslink=253650>

Alexander Salomon



Liebe LeserInnen,
nach dem die Fraktionsmitglieder sich auf die Verteilung der Zuständigkeiten geeinigt haben, gilt

es die neuen Aufgaben auch beherzt anzugehen. Zu diesem Zwecke haben sich die neu eingerichteten Arbeitskreise schon mehrfach getroffen. Die neuen KollegInnen sind wie ich von Aufbruchsstimmung ergriffen, auch wenn wir wissen dass es auch Durststrecken geben wird. Die Parlamentsausschüsse haben sich inzwischen auch konstituiert. Nun bin ich offiziell Mitglied im Innen-, Wissenschafts- und Petitionsausschuss. Auch meine ersten Termine als Abgeordneter konnte ich inzwischen wahrnehmen. Das Spektrum der

Themen, die dabei gefragt sind, ist sehr breit. Von der Vorstellung des Koalitionsvertrages in Bretten über die Beteiligung an einer Alt-Handy-Sammelaktion bis hin zur Podiumsteilnahme zum Thema Bodenschutz beim Aueninstitut. Ich gehe davon aus, dass der parlamentarische Betrieb noch so manche Überraschung für mich hat. Mit einer gesunden Portion Neugierde und den guten Grünen Rezepten im Rücken fühle ich mich dafür gut gewappnet. Grüße

Alexander Salomon

Aus dem Abgeordnetenbüro:



Hallo Karlsruhe!

Noch ein neues Gesicht: Mein Name ist Till Westermayer, und ich arbeite seit 1.6. im Abgeordnetenbüro von Alexander Salomon im Stuttgarter Landtag. Dort bin ich vor allem für die inhaltliche Zuarbeit in den Bereichen Hochschulpolitik, Medien- und Netzpolitik zuständig.

Ihr erreicht mich unter der bekannten Tel.-Nummer 0711 2063-623, über Alex' Mailadresse alexander.salomon@gruene.landtag-bw.de

BOGY-Praktikum im Landtag

Liebe Mitglieder, liebe KahlsruherInnen

ich heiße Yannic Stoll und habe vom 06. bis zum 10. Juni 11 mein BOGY – Praktikum im Grünenbüro von Gisela Splett gemacht. Am Gymnasium macht jeder Schüler in einem festgelegten Zeitraum während der 9. Klasse (seit der Einführung des G8 Systems) sein BOGY – Praktikum in einer beliebigen Firma, Einrichtung oder Institution, um die Berufe dort besser kennen zu lernen.

Vielleicht noch ein paar Worte zu mir als Person: Ich fahre arbeitstäglich zweimal durch Karlsruhe, wohne nämlich in Freiburg und pendle zweimal die Woche nach Stuttgart. Ich bin 36 Jahre alt und habe zwei Kinder (mit ein Grund für das Pendeln). Inhaltliche Bezüge zu den Themen Hochschul-, Medien- und Netzpolitik habe ich zum einen durch mein Studium (Soziologie mit Nebenfach Informatik). Meine Abschlussarbeit in Soziologie habe ich 2001 über den virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen geschrieben – seitdem ist elektronische Beteiligung eines „meiner“ Themen. Mit dem Netz als Teilhabeorgan habe ich mich auch in der netzpolitischen Kommission der baden-württembergischen Grünen befasst, die den grünen Landesausschuss-Beschluss zur Netzpolitik vorbereitet hat, den wir im Mai 2010 gefällt haben.

Bezüge zur Hochschulpolitik habe ich ebenfalls in mehrfacher Hinsicht: Bis vor kurzem war ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter in mehreren Drittmittelprojekten am Institut für Forstbenutzung und

Forstliche Arbeitswissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg beschäftigt. In meiner Studienzeit war im Freiburger u-asta und bei Campusgrün aktiv, danach habe ich mich – bis heute – in die Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik eingebracht, aktuell bin ich dort BAG-Sprecher. Bei Alex möchte ich jetzt daran mitarbeiten, unser Wahlprogramm und unseren Koalitionsvertrag in diesen Bereichen politisch umzusetzen. Zu tun gibt es da einiges – umso spannender ist es jetzt, eine Chance zu haben, Baden-Württemberg hochschul- und medienpolitisch zu modernisieren.

Mehr über mich gibt es, wenn's interessiert, im Netz – <http://blog.till-westermayer.de>

Schöne Grüße

Till

Auf die Idee, mein Praktikum hier zu machen, haben mich unter anderem meine Eltern gebracht, die eine Rede von Gisela Splett gehört haben. Daraufhin habe ich mich im Internet erkundigt und mich für ein Praktikum im Stuttgart bei Frau Splett beworben.

Ich selbst komme aus Gaggenau – Hörden, bin 15 Jahre alt und besuche das Gymnasium Hohenbaden in Baden – Baden. Ich interessiere mich schon seit längerem für Politik und will sie selbst mitgestalten können.

Während meiner Zeit hier habe ich vieles erlebt und gelernt, auch dass Politiker ganz normale Menschen sind, die auch mit alltäglichen Problemen zu kämpfen haben, wie den Tücken einer Telefonanlage. Mir wurden diverse Aufgaben im Bereich Recherche und Verwaltung, z.B. das Erstellen von Adresslisten oder die Gegenüberstellung von den Forderungen der Grünen in der Abfallpolitik zu dem derzeitigen Stand, zu Teil, an denen mir bewusst wurde, dass zu den Aufgaben eines Politikers noch sehr viel mehr dazugehört, als

Reden halten, in Kameras winkeln und Journalisten Fragen beantworten. Ich habe auch Politiker, die man ansonsten nur aus dem Fernsehen kennt, live miterleben können, als ich in der Fraktionssitzung oder dem

Europaausschuss dabei sein durfte.

Ich denke, insgesamt war meine Woche in Stuttgart ein Erfolg für mich, hinsichtlich einer

Vorbereitung auf ein mögliche spätere Karriere als Politiker.

Mit freundlichen Grüßen,
Yannic Stoll

Auch neu dabei: Carina Zell



Liebe LeserInnen,

ich bin zurzeit 3 Monate, also noch bis Ende August, Praktikantin bei Gisela und möchte mich hier kurz vorstellen. Mein Name ist Carina Zell, ich bin 23 Jahre alt und komme ursprünglich aus Ulm. Von 2007 bis 2010 habe ich in Tübingen Geoökologie / Ökosystemmanagement auf Bachelor studiert und ab Herbst werde ich mit dem Masterstudium in Nachhaltigkeitswissenschaften im Norden Deutschlands beginnen.

Ich habe mir bewusst zwischen Bachelor und Master eine einjährige Auszeit genommen, um das gewonnene Wissen sacken zu lassen und Erfahrungen in meinem Interessensgebiet zu sammeln. So war ich Ende letzten Jahres für ein 6-wöchiges Praktikum in Uganda und habe mich dort mit dem Thema Armutsbekämpfung durch Fahrräder befasst. Bis April dieses Jahres habe ich dann noch in einer Aufzuchtstation für bedrohte Tierarten in Neuseeland gearbeitet.

In Tübingen war ich sehr engagiert in der Grünen Hochschulgruppe und saß für diese unter anderem ein Jahr lang im AStA. Auch in anderen Gruppen zu den Themen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit war ich in Tübingen aktiv. Seit Frühjahr 2010 bin ich Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, habe mich allerdings noch nicht wirklich in einen KV eingebracht, da ich, wie beschrieben, die letzten Monate länger im Ausland war, andere Aktivitäten gemacht habe und es

mich kurz- bis mittelfristig eher in den Norden Deutschlands zieht.

Beruflich möchte ich später in die Politikberatung gehen und somit schien mir ein Praktikum in der Politik sinnvoll. Gisela als Geoökologin mit Interessen und Verantwortlichkeiten im Bereich Umwelt- und Naturschutz sowie Entwicklungszusammenarbeit hat mich natürlich besonders angezogen. Durch Ihr jetziges Amt als Staatssekretärin hat mein Praktikum eine tolle neue Perspektive bekommen und ich sehe nun beides – die Arbeit im Verkehrsministerium, wo ich meistens bin, und die im Landtagsbüro.

Bislang macht mir die Arbeit viel Spaß und die Einblicke, die ich bekomme, finde ich sehr spannend und interessant. Ich hoffe nun für den Rest meines Praktikums auf weitere ereignisreiche Wochen und hoffe, dass ich durch meine Arbeit eine gute Hilfe und Entlastung sein kann.

AUS DEM BUNDESTAG

**MdB Sylvia Kotting-Uhl**

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Mitarbeiterin: Babette Schulz, Tel.: 0721 - 151 86 - 87, Fax: 0721 - 151 86 - 90
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

mein Brief an Minister Röttgen :

Sehr geehrter Herr Minister Röttgen,

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur 13. AtG-Novelle räumen Sie, die Bundesregierung und die Mehrheit der Koalitionsfraktionen ein, dass die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung im Herbst falsch war. Sie schlagen vor zum rot-grünen Ausstiegsgesetz von 2001 zurückzukehren und nehmen mit festen Abschaltzeiten eine Verbesserung vor, denn das Konzept der Strommengenkontingente beruhte auf falschem Vertrauen auf das Wort der Vorstände von Eon, RWE, Vattenfall und EnBW. Sie veranlassen überdies die endgültige Abschaltung der sieben ältesten Atomkraftwerke und des Pannreaktors Krümmel, der seit mehreren Jahren vom Netz ist. Mit der Abschaltung der sieben ältesten und den festen Abschaltzeiten bereinigen Sie die langjährige Laufzeitverlängerungsstrategie der Konzerne, die in Erwartung einer Gesetzesänderung durch eine schwarz-gelbe Regierung die Strommengen ihrer Alt-AKW immer langsamer abgearbeitet haben.

Ich will den Lernprozess Ihrer Partei nicht kleinreden. Mir ist klar, welch ungeheures Zugeständnis an eine bisher nicht vertretene Energiepolitik die vorgelegte AtG-Novelle bedeutet. Und ich bin auch überzeugt, dass der von der Kanzlerin angestrebte Parteien übergreifende Konsens ein ehrlicher Wunsch ist – nicht zuletzt um die Widerstrebenden in der eigenen Koalition einzubinden. Völlig unbegreiflich ist mir von daher Ihre Aussage in der Plenardebatte vom 9.6., Sie bräuchten uns Grüne für den Konsens nicht.

Sie sagten, Ihre Vorlage sei Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses. Woher nehmen Sie das? Wenn Sie meinen – und da würde ich Ihnen zustimmen – dass nach dem GAU von Fukushima ein gesellschaftlicher Konsens für einen beschleunigten Atomausstieg da ist, so heißt das doch noch lange nicht, dass dieser Konsens genau Ihr vorgelegtes Konzept meint. Und wenn Sie glauben, Sie hätten den gesellschaftlichen Konsens durch die Einrichtung der Ethik-Kommission und deren Empfehlung erreicht, dann hätten Sie sich zumindest an diese Empfehlung auch halten müssen.

Das haben Sie aber an einem ganz entscheidenden Punkt nicht getan: der Empfehlung der Ethik-Kommission, den Ausstieg innerhalb eines Jahrzehnts zu vollziehen - das wäre innerhalb dieser und zwei weiterer Legislaturperioden. Ihr Konzept dagegen schiebt die Abschaltung der letzten drei bis sechs Reaktoren in eine von heute aus gesehen vierte Legislaturperiode. Der Atomausstieg erfolgt nicht wirklich kontinuierlich, sondern immer noch am Ende kumuliert – wenn auch durch die Intervention der Ministerpräsidenten gegenüber dem ersten Vorschlag schon deutlich verbessert. Damit nimmt die Bundesregierung bewusst – und vielleicht willentlich – das Risiko in Kauf, dass die Bundestagswahl 2021 den Atomausstieg wieder zur Abstimmung stellt. Denn zum Einen stehen die Abschaltung von Atomkraftwerken und der Aufbau einer Erneuerbaren-Energien-Struktur in engem Zusammenhang, zum Anderen wird sich 2021 der Zwang zur Einhaltung der Klimaschutzziele verschärfen und dann vermutlich wieder die Alternative atomar-fossil aufgemacht werden. Wenn die angestrebte „Unumkehrbarkeit“ Ernst gemeint ist, dann muss eine solche Situation auf jeden Fall vermieden werden.

Ihr Konzept hat noch einige Schwachpunkte mehr. Nur als Beispiel: die nicht durchgehaltene Begründung für die endgültige Abschaltung der sieben ältesten AKW. Denn wenn die Begründung deren Unsicherheit ist – was wir teilen – dann kann nicht plötzlich die Bundesnetzagentur rein nach Standort entscheiden, welches dieser sieben dann doch noch zwei Jahre als „Kaltreserve“ vorgehalten werden soll. So zerstört man die Logik der eigenen Argumentation.

„Gesellschaftlicher Konsens“ ist ein großes Wort. Wer ihn erreichen will, darf ausgestreckte Hände nicht wegschlagen. Das haben Sie zu meiner Verwunderung in der Debatte am 9.6. getan. Wir Grüne haben angeboten über das vorgelegte Konzept mit der Koalition zu verhandeln. Sie sagen wir seien keine „Verhandlungsparteien“ und wir Grüne müssten uns entscheiden ob wir „Teil des gesellschaftlichen Konsenses sind“ oder ob wir „außen vor bleiben“. Ihr Konzept ist also der gesellschaftliche Konsens und wer diesem Konzept nicht zustimmt, ist außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses. Das ist ein bisschen überheblich, verehrter Herr Minister!

Bisher haben Sie - mühsam - einen Konsens mit den Mitgliedern Ihrer eigenen Koalition erreicht und Sie sind im Gespräch mit den Ministerpräsidenten. Ein gesellschaftlicher Konsens bedeutet aber mehr. Sie haben anders als Rot-Grün 2001 keinen Konsens mit der Wirtschaft und Sie haben auch keinen mit den Umweltverbänden. Sie bemühen sich nicht einmal den Brandherd Wendland zu befrieden, wofür der Baustopp in Gorleben die Voraussetzung wäre – obwohl ausgehend von dem Angebot des baden-württembergischen Ministerpräsidenten zum ersten Mal eine bundesweite ergebnisoffene Endlagersuche tatsächlich greifbar nahe liegt. Und wie bei der Entscheidung zur Laufzeitverlängerung 2010 überrennen Sie das Parlament mit einem Schnellverfahren.

Nach ihrem fatalen Irrtum des letzten Herbstes ist die derzeitige Bundesregierung jetzt da, wo Rot-Grün und die Mehrheit der Gesellschaft schon vor 10 Jahren war. Das ist die Lehre der Koalition aus Fukushima. Gesellschaftlicher Konsens würde aber bedeuten, dass alle gemeinsam eine Lehre ziehen. Das verweigern Sie einem Großteil der Gesellschaft, wenn Sie lediglich zum rot-grünen Atomausstieg zurückkehren.

Machen Sie Ernst mit dem großen Wort, Herr Minister – stellen Sie gesellschaftlichen Konsens über das Wie des Atomausstiegs her. Dazu braucht es Gespräche mit allen, die einen Konsens repräsentieren können.

Mit herzlich-grünen Grüßen

Eure

Sylvia Kotting-Uhl

+++ Alle Informationen zu meiner Arbeit als atompolitische Sprecherin auf www.kotting-uhl.de +++

Atomausstieg!

Ja zur „historischen Chance“ des endgültigen Atomausstiegs – aber nicht um jeden Preis: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-05/atom-ausstieg-opposition/seite-2>. Experimente mit „atomarer Kaltreserve“ lehnen wir ab:

http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/383/383452.versorgungssicherheit_transparent_machen.pdf

Meine Plenumsrede zu den Gesetzentwürfen der Regierung zu „Atomausstieg und Energiewende“ findet Ihr hier: <http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?legislativePeriod=17&conference=114&agendaltemNumber=2&speechNumber=14&action=search&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&mask=search&destination=search&contentArea=commom&isLinkCallPlenar=1>

Der erste Entwurf der Bundesregierung war völlig inakzeptabel.

<http://www.taz.de/1/zukunft/schwerpunkt-anti-akw/artikel/1/rot-gruen-sagt-jein-zu-merkels-ausstieg/>

Der Atomkompromiss darf bei der Sicherheit aktiver Kernkraftwerke keine Abstriche machen. Dies schließt den Schutz vor Flugzeugabstürzen mit ein: http://www.focus.de/politik/deutschland/atomausstieg/unions-mittelstand-widerstand-gegen-merkels-atomkurs_aid_629602.html sowie

<http://www.fr-online.de/politik/flugrouten-ueber-atomkraftwerken/-/1472596/8472944/-/index.html> Die bisherigen „Stresstests“ sind unzulänglich: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/197766.vor-ab-kritik-an-risikobewertung-der-reaktor->

[sicherheitskommission.html](http://www.rp-sicherheitskommission.html) und http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Atom-Experten-legen-Roettgen-Ergebnisse-vor_aid_999101.html.

Zu viele Informationen bleiben „unter Verschluss“:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/kie-l-will-das-restrisiko-neu-definieren/4181472.html>

Verlässliche Sicherheitstests sind erforderlich:

<http://www.pnn.de/fragen-des-tages/428846/>

Auch meine Anfrage zu bekannten Sicherheitsdefiziten bei deutschen AKWs liegt uns inzwischen folgende Antwort vor: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/381/381925.bekannte_sicherheitsdefizite_deutscher_a.pdf

Auch die Vorsorge muss beim Katastrophenschutz ausgebaut werden:

<http://www.mainpost.de/ueberregional/politik/zeitgeschehen/Roettgen->

[Katastrophenschutz-
prüfen:art16698.6167790](#)

Die Rückstellungen der Atomwirtschaft sollen in Ökowandel-Fonds überführt werden: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/383/383453.rueckstellungen_der_atomwirtschaft_in_oe.pdf

Der Deutschlandfunk hat mich am 30.Mai zum „Atomkompromiss“, der geplanten „Kaltreserve“, zur Versorgungssicherheit, Endlagersuche und einigem mehr befragt: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1470198/

Folgenden Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes haben wir auf den Weg gebracht: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/382/382699.aenderung_des_atomgesetzes_beendigung_de.pdf

Wir fordern eine ernst gemeinte Energiewende! Hier unser Fraktionsbeschluss vom 7.Juni: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/383/383561.energiewende_ernst_gemeint_im_energiewir.pdf

Und hier unser Antrag zur Modernisierung der Stromnetze: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/381/381924.modernisierung_der_stromnetze_buergernah.pdf

[uhl.de/cms/default/dokbin/381/381924.modernisierung_der_stromnetze_buergernah.pdf](#)

Wie unterschiedlich Frankreich und Deutschland mit dem Risiko der Atomkraft umgehen, zeigt ein interessanter bis erschreckender arte-Beitrag von „Global Mag“: <http://videos.arte.tv/de/videos/global-3948074.html> Das Interview mit Sylvia findet Ihr ab Minute 6:32.

KIT und ITU

Die geplante Erweiterung des Instituts für Transurane (ITU) betrachte auch ich mit großer Sorge. Die Verstrickungen des KIT mit der Atomlobby sprechen eine deutliche Sprache:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/die-stimmen-der-herren/4262216.html>

voraussichtlich in Linkenheim geplante Veranstaltung der Grünen zur ITU-Erweiterung werde ich mich nach Möglichkeit beteiligen.

An der nun vom Anti-Atombündnis geplante Radtour zum „Campus Nord“ mit WAK, ITU und Atommüllfässern und der

Japan-Reise



Auf Einladung der Japanischen Grünen war ich Mitte Mai auf einer Vortragsreihe in Japan. Mit diesen Eindrücken kam ich von der Reise zurück: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/382/382429.bericht_ueber_japanreise_im_mai_2011.html In einer Liveschaltung habe ich im ‚ZDF-Morgenmagazin‘ meine Eindrücke der Situation vor Ort geschildert: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/381/381757.gruene_auf_antiatommission_in_japan.html.

[uhl.de/cms/default/dok/381/381757.gruene_auf_antiatommission_in_japan.html](#).

Hier die Stationen meiner Reise: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/382/382333.informations_und_vortragsreise_nach_japa.html

Presseecho nach meiner Rückkehr:

- ka-news: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/381/381914.interview_mit_sylvia_kottinguhl_zu_ihrem.html
- Radiobeitrag auf rbb: <http://www.zdf.de/ZDFmedia/thek/beitrag/video/1340650/immer-mehr-Evakuierte-in-Japan#/beitrag/video/1340650/Immer-mehr-Evakuierte-in-Japan>

- Grüne: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/382/382271.das_macht_die_leute_wuetend.html

Auch die japanische Presse hat berichtet: [http://www.kotting-](http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/381/381473.html)

[uhl.de/cms/default/dok/381/381473.html](http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/381/381473.html)

Zur Abschlusskundgebung einer Demo in Tokyo anlässlich „3 Monate nach der Atomkatastrophe“ habe ich im Namen von uns Grünen in

Deutschland folgende Grußbotschaft übermittelt: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/383/383610.solidarity_note_of_sylvia_kottinguhlfro.html



Photos: Rikiya Adachi (Japan) -

Mehr davon: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/382/382727.fotos_der_japanreise_im_mai_2011.html

Atommüll – und Endlagersuche

Das von der Regierung vorgeschlagene "Verfahren zur Ermittlung allgemeiner geologischer Eignungskriterien und möglicher alternativer Entsorgungsoptionen" hat mit einer ergebnisoffenen Endlagersuche wenig zu tun: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-06/roettgen-endlager-debatte>

Inzwischen liegt auch der Bericht unseres Fachgesprächs im Bundestag zum Thema „Soll Atommüll rückholbar endgelagert werden?“ vor: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/383/383371.bericht_ueber_fachgespraech_soll_atommue.html

PUA Gorleben

Bei der letzten Sitzung des Gorleben-Untersuchungsausschuss am 9.Juni wurde der Zeuge der Koalition Klaus Stuhr gehört, der seit 1974 im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium als

Referatsleiter für Industrieansiedlung angestellt war. Seine Aussagen werfen ein fragwürdiges Licht darauf, wie „fachlich fundiert“ die Entscheidung für den Standort Gorleben 1977 fiel:

http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/383/383630.fachlich_begrueendete_standortauswahl_feh.html

Herkunft von Uran und Kohle

Am 16. Mai habe ich eine Kleine Anfrage zur Herkunft von Uran in deutschen AKWs eingebracht: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/382/382712.herkunft_des_urans_in_deutschen_atomkraft.pdf

Dass 30% der Kohle der EnBW-Kohlekraftwerke aus Kolumbien

kommt, hat uns die EnBW auf meine gemeinsame Anfrage mit Gisela Splett mitgeteilt. Welche Konsequenzen der Kohleabbau vor Ort hat und unter welchen Voraussetzungen sie tatsächlich abgebaut wird, blieb bei der Antwort offen. Gerne habe ich daher die Unterstützung durch mein

Karlsruher Büro für die Planung der Veranstaltung „Kohle aus Kolumbien für Karlsruhe“ mit dem kolumbianischen Naturschützer und Menschenrechtler Mauricio Meza zugesagt – auch wenn ich leider selbst nicht daran teilnehmen kann.

Jugend und Parlament

312 Jugendliche im Alter zwischen 16-20 Jahre haben von 4.-7.Juni 2011 in einem Planspiel 4 Tage lang Parlament „gespielt“. Dieses Jahr konnte auch ich dazu eine/n Teilnehmer/in einzuladen. An dieser Stelle nochmals Danke für die allesamt überzeugenden Bewerbungen – das Los fiel auf Nicolas Winkler, der uns folgenden Bericht zugeschickt hat:



Ausstiegsziel.

Montag, 6. Juni 2011. Die Verkehrsausschusssitzung beginnt pünktlich um 10 Uhr. Zwei Stunden bleiben uns um wenigstens einige unserer Ziele in den Gesetzesentwurf schreiben zu lassen. Zwei Stunden streitet sich die Opposition mit den Regierungsfractionen CVP (Christliche Volkspartei) und LRP (Liberale Reformpartei) über den hochgradig unsozialen Gesetzesentwurf. Morgen wird im Plenum über die Energiewende abgestimmt. Im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vertrete ich meine PSG (Partei sozialer Gerechtigkeit) und setze mich für die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und mehr Bürgerbeteiligung beim kommenden Ausbau von Stromnetzen ein. Gleichzeitig verhandelt der Umweltausschuss über das Ausstiegsdatum aus der Atomkraft, die Regierung setzte 2025 an. Viel zu spät! Jedoch steht unsere Fraktion mit 2014 ziemlich alleine dar und wird von der APD (Arbeiterpartei Deutschlands), welche bis 2020 aussteigen wollen, nur skeptisch beachtet. Die ÖSP (Ökologisch-Soziale Partei) startet gar

mit 2017 in die Verhandlungen und lässt sich innerhalb weniger Minuten auf 2021 breitschlagen. Am Ende stimmen CVP, LRP und APD für 2022, einzig meine PSG behält Rückgrat und stimmt gegen diesen Entwurf. Da jedoch weder Verkehrs- noch Umweltausschuss im Gesetzesentwurf zur Energiesicherheit federführend sind, fahren die CVP und LRP ihrer eigenen Fraktion im Wirtschaftsausschuss über den Rücken und verharren bei 2025 als

Lediglich ein Wort wurde in den Ausschüssen geändert: Es wird nur Kernspaltung verboten, wodurch die Kernfusion nicht betroffen wäre. Absurderweise feiert die Opposition den offenen Weg für die Kernfusion als großen Erfolg. Die ÖSP spricht sich wenig später in ihrer Fraktionssitzung für die Kernfusion aus, ist ja immerhin erneuerbar.

Ich wurde von Sylvia Kotting-Uhl eingeladen bei dem Planspiel „Jugend und Parlament“ im Bundestag teilzunehmen. Für vier Tage vom 4. bis 7. Juni schlüpfte ich mit über 300 weiteren Jugendlichen in fiktive Rollen und wurde einer fiktiven Fraktion zugelost. Dadurch lässt sich auch erklären, warum sich die grüne Fraktion für Kernfusion einsetzte, immerhin ist die gefühlte Mehrheit der Abgeordneten im wahren Leben Mitglied der Jungen Union. Ich hatte das Glück, dass für mich als Grünen die Inhalte der Linken besser konvergieren als für manchen JuLi. Dadurch konnte ich immerhin so überzeugend auftreten, dass ich zum Sprecher des Arbeitskreises Mensch & Natur ernannt wurde, wodurch mir die Ausschüsse Wirtschaft, Verkehr und

Umwelt unterlagen. Leider konnte ich mich nicht überall durchsetzen, meine Hinweise auf die Frauenquote wurden viel zu oft übergangen. Am Ende sind unter unseren acht RednerInnen nur zwei Frauen. Schlechter quotiert wird wenigstens die ÖSP sein, die gerade einmal eine Frau am Pult stehen hatte. Neben dem Gesetz zur Energiesicherheit, wurde im Plenum noch über Gesetzesentwürfe zu Schüler-BAföG, zur Pressefreiheit und einer Absenkung des Wahlalters abgestimmt.

Heiß her ging es zur gleichen Zeit auch in der realen Politik. Ursprünglich war ein Treffen mit Sylvia in ihrem Büro angesetzt. Da die Bundesregierung aber am gleichen Tag ihren 700-seitigen Gesetzesentwurf zur „Energiewende“ veröffentlichte, war Sylvia als atompolitische Sprecherin sichtlich unter Stress und musste zu einer Fraktionssitzung von Bündnis 90/Die Grünen. Immerhin durfte ich mich ebenfalls in die Fraktionssitzung hineinsetzen, ein spannendes Gefühl!

Leider musste ich als Philipp Famos kurz darauf schon wieder zu einem eigenen Termin. Wichtige Politik wartete, nicht diese Spielerei von Bündnis 90/Die Grünen oder dieser Freien Demokratischen Partei. Immerhin stand die Fraktionssitzung meiner PSG vor der Tür, bei der über die Ergebnisse der Ausschüsse berichtet und über die nachfolgende Plenardebatte diskutiert werden musste...

Zum Schluss möchte ich mich aber noch einmal bei Sylvia und ihren zahlreichen sehr freundlichen MitarbeiterInnen bedanken, die mir erst ermöglicht haben, diese vier unvergesslichen Tage in Berlin zu verbringen: Danke!



Nicolas „Philipp Famos“ Winkler

GRÜNE KONTAKTE

Bundes- und Landtagsabgeordnete:

(siehe Bundestags- bzw. Landtags-Seiten)

Bürgermeister für Umwelt, Klima und Gesundheit:

Klaus Stapf, Reutstr. 5, 76228 KA, Tel. 40 32 35
Rathaus, 76124 KA, Tel. 133-1050, dez5@karlsruhe.de

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Johannes Honné, stell. Fraktionsvorsitzender
Vorholzstr. 52, 76137 KA, Tel. 8198887

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Karin Wolff, Gabi Schiller
Hebelstr. 13 · 76133 KA, Tel. 2 91 55, Fax 2 9156
Mo - Fr 9 -14 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Bettina Lisbach, *Fraktionssprecherin* (Umwelt, Finanzen, Haushalt, Stadtentwicklung, Energie, Verkehr)
Ernststraße 95, 76131 Ka, Tel. 0172 6181 394

Anne Segor, *stellv. Fraktionssprecherin* (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule), Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 8210135

Michael Borner (Soziales, Wirtschafts- und Arbeitsförderung, Tierschutz)
Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 0176 67 50 30 15

Alexander Geiger (Demokratie, Energie, Bauen, Gesundheit, Schwule)
Scherrstr. 4, 76137 KA, Tel. 9 33 84 54

Uta van Hoffs (Wirtschaft/Arbeit, Jugend, Schule)
Geranienstr. 14, 76185 KA, Tel. 3814711

Johannes Honné (Verkehr, Umwelt, Bauen, Naturschutz, Demokratie)
Vorholzstr. 52, 76137 KA, Tel. 8198887

Tanja Kluth (Frauen, MigrantInnen, Tierschutz, Lesben)
Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170 - 1 61 84 35

Dr. Ute Leidig (Verwaltung/Personal, Sport, Kultur)
Kastenwörtstr. 40, 76189 KA, Tel. 9 57 32 73

Dr. Dorothea Polle-Holl (Gesundheit, MigrantInnen, Jugend, Soziales, Schule)
Willi-Egler-Str. 14, 76189 KA, Tel. 57 41 48

Manfred Schubnell (Haushalt/Finanzen, Verwaltung/Personal, Sport)
Palmaienstr. 1, 76227 KA, Tel. 9 43 03 98

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38
Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89
Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 961
Martin Pötzsche, Lußstr. 40, 76227, Tel. 48 48 423
Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98
Gerhard Stolz, Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20
Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19, 76229, Tel. 55 4124
Titus Tamm, Karl-Leopold-Str. 4, 76229 KA, Tel. 48 32 10
Dr. Gabriele Vorberg, Schultheiß-Kiefer-Str. 15a, 76229 KA, Tel. 94 83 555

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06
Karin Heidke, An den Vogelhardt 1, 76149, Tel. 78 20 748

ORTSVEREIN Südweststadt-Beiertheim-Bulach

Peter Ballhausen, Gebhardstr. 5, 76137, Tel. 9 76 66 87

Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 KA

Deutsche Post 
INFOPOST

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Ursula Häffner

Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 20 31 23 2, Fax 20 31 234
info@gruene-karlsruhe.de .. www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo + Fr 9-13 Uhr und Mi 14 - 18 Uhr

Bankverbindung

GRÜNE Karlsruhe. Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19:30 Uhr im Grünen Büro:

Istvan Pinter, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

Harald Löffel, Tel. 6238547

Renate Rastätter, Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA,
Tel. 4709343

Sabine Just-Höpfinger, Am Sixenrain 7, 76199 KA,
Tel. 886044, sjh@gmx.net

Doris Maier-Göckel, Lavendelweg 19, 76149 KA,
Tel. 73778, dmaiergoeckel@gmx.de

Ralph Gutschmidt (Kassierer), Ettlinger Str. 13
76137 KA, Tel. 385255, ralph@familie-gutschmidt.de

Arbeitskreise:

AK Frauen: Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

AK Klima: Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,
Mitja.Weinert@gmx.de

AK Lesben und Schwule: Alexander Geiger,
ao-hga@web.de

AK Verkehr: Tim Wirth Tel. 82 65 70,
Johannes Honné Tel. 8198887

AK Familie: Johannes Honné Tel. 8198887,
Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

Grüne Jugend: sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Nadja Idler, 76137 KA,
eMail: nadja_idler@gmx.de, mobil:

Zoe Mayer, Paul-Ehrlich-Str. 9, 76133 Karlsruhe
eMail: zoeMmayer@gmx.de

ORTSVEREIN Durlach:

Dr. Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, 76227 KA,
Tel. 42 89 8

Wolfgang Semmler, Bienleinstorstr. 37, 76227 KA,
Tel. 406252

Cordula Sailer, Wilhelm Mössingerstr. 14, 76229 KA,
Tel. 43 268

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerw. 31, 76199 KA,
Tel. 8302281

Eva-Elisabeth Herold, Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA,
Tel. 88 34 01

Herausgeber Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt

Redaktion Sigfrid Knapp (GruenerRuBriKa@web.de)

Druck Rufdruck Druck- und Verlags GmbH, Karlsruhe

Auflage: 250 Exemplare gedruckt, ca. 200 per Mail

Gedruckt auf Umweltpapier